

STAATSKANZLEI

Kommunikationsdienst des Regierungsrats

4. Juli 2017

MITTEILUNG AN DAS STAATSPERSONAL

Gesamtsicht Haushaltsanierung

Eckwerte des Aufgaben- und Finanzplans 2018–2021 verabschiedet

Der Regierungsrat hat die Eckwerte des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2018-2021 verabschiedet und damit einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Gesamtsicht Haushaltsanierung eingeleitet. Zur Entlastung des Budgets 2018 sind Sofortmassnahmen von rund 80 Millionen Franken vorgesehen. Am 25. August 2017 wird der Regierungsrat an der AFP-Medienkonferenz einen aktualisierten Bericht zur Gesamtsicht Haushaltsanierung vorlegen. Weiter lanciert der Regierungsrat einen Newsletter "Für die Menschen im Aargau".

Der Regierungsrat hat Ende Juni die Eckwerte des Aufgaben- und Finanzplans 2018-2021 verabschiedet. Dabei gab es zahlreiche Anpassungen auf der Aufwandseite sowie Optimierungen beim Budget 2018. Zudem wurden als Ergänzung zu den Sanierungsmassnahmen 2018 mit Gesetzesänderungen zusätzliche Sanierungsmassnahmen 2018 in der Kompetenz des Regierungsrats beschlossen. Insgesamt entlasten die Sofortmassnahmen das Budget 2018 um gesamthaft rund 80 Millionen Franken. Die Vorgaben des Regierungsrats für den AFP 2018–2021 entsprechen dem am 17. Mai 2017 vorgestellten Sanierungskonzept der Gesamtsicht Haushaltsanierung.

Nach drei Nullrunden Lohnerhöhung von 1,0 Prozent geplant

Der Regierungsrat beantragt für das Budgetjahr und die Planjahre eine Lohnerhöhung von je 1,0 % für das Personal der Kantonsverwaltung und die Lehrpersonen. In den nachfolgenden Planjahren 2020 und 2021 sind zudem 0,3 % der Lohnsumme für Einmalprämien vorgesehen. Nach drei Nullrunden in den letzten vier Jahren ist diese moderate Lohnentwicklung angezeigt. Der Regierungsrat setzt sich dafür ein, denn er ist sich bewusst, dass die schwierige finanzielle Situation im Staatshaushalt in vielen Bereichen zu erhöhten Anforderungen bei der Aufgabenerfüllung führt. Der Regierungsrat will weiterhin auf kompetente und motivierte Mitarbeitende zählen dürfen.

Ebenfalls mit dem AFP 2018–2021 soll auf die Ende der 90er-Jahre eingeführte Budgetierung des Mutationseffekts beim Staatspersonal und bei den Lehrpersonen verzichtet werden. Die bisherige Praxis führte nach einigen Nullrunden in den vergangenen Jahren zu einer kontinuierlichen budgettechnischen Senkung der Lohnsumme. Dadurch können Aufgabenbereiche, die keine oder nur eine geringe Fluktuation haben, die Budgets für die Löhne kaum oder nicht mehr einhalten. Die Eliminierung des Mutationseffekts hat keinen Einfluss auf die Höhe der einzelnen Löhne, es handelt sich um eine budgettechnische Massnahme.

Einmalige Finanzmassnahmen zur Deckung des drohenden Defizits

Weil die im Rahmen der Gesamtsicht geplanten Reformmodule und Massnahmen ihre Wirkung nicht sofort entwickeln können, muss die Finanzierungslücke in einer ersten Phase mit befristeten Finanzmassnahmen gedeckt werden. Eine dieser Finanzmassnahmen ist der Heimfallverzicht des

Kraftwerks Klingnau, was einem Ertrag von 145 Millionen Franken entspricht. Rund 80 Millionen Franken davon sollen für die Deckung des drohenden Defizits im Jahr 2018 verwendet werden. Um diese Deckung zu ermöglichen, beantragt der Regierungsrat eine befristete Aussetzung der Schulden tilgung Sonderlasten. Diesem Antrag hat der Grosse Rat hat am 27. Juni 2017 in erster Beratung zugestimmt.

Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren

Die Sanierung des Staatshaushalts findet in einem dynamischen Umfeld statt. Verschiedene Faktoren können sich positiv oder negativ verändern. Am 19. Juni 2017 hat zum Beispiel die Eidgenössische Finanzverwaltung die Vernehmlassungsvorlage zum Nationalen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen publiziert. Der Ressourcenindex 2018 des Kantons Aargau sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Punkte auf 85,3 Indexpunkte. Gegenüber dem Vorjahr 2017 erhöht sich damit der Ressourcenausgleich für den Kanton Aargau um rund 76 Millionen Franken. Diese Mehreinnahmen sind in den Berechnungen der Finanzierungslücke aber bereits enthalten.

Steuerertrag weiterhin rückläufig

Die aktuelle Schätzung des Steuerertrags aus Kantonssteuern zeigt im Budget 2018 gegenüber dem Budget 2017 einen Ertragsrückgang von rund 40 Millionen Franken. Sowohl bei den natürlichen Personen (-20 Mio. Fr.) als auch bei den juristischen Personen (-20 Mio. Fr.) muss mit einem Minderertrag gerechnet werden. Der Regierungsrat hat deshalb bei BAK Basel eine Studie in Auftrag gegeben. Untersucht wurden die Gründe für die unbefriedigende Entwicklung insbesondere bei den Steuereinnahmen und bei der Wirtschafts- und Standortsituation allgemein. Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Analyse werden im Rahmen der AFP-Medienkonferenz vom 25. August 2017 vorgestellt.

Newsletter "Für die Menschen im Aargau"

Der Regierungsrat hat Mitte Mai 2017 das Entwicklungsleitbild (ELB) 2017-2026 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er befasst sich darin mit den Herausforderungen, Chancen und Risiken für den Kanton Aargau in den nächsten 10 Jahren. Das neue ELB steht unter dem Leitgedanken "Für die Menschen im Aargau". Unter dem gleichen Motto steht auch der Newsletter, mit dem der Regierungsrat künftig in regelmässigen Abständen über ELB-Aspekte, Regierungsschwerpunkte, politische Hintergründe und Zusammenhänge, aber auch – aus aktuellem Anlass – die dringend notwendige Sanierung des Staatshaushalts informieren wird. Im Newsletter "Für die Menschen im Aargau" wird unter anderem auch aufgezeigt, wofür der Kanton 100 Franken seiner Erträge (Kantonssteuern, Abgaben, Gebühren usw.) verwendet. Der Newsletter kann unter www.ag.ch/elb-newsletter abonniert werden.



Wofür der Kanton Aargau 100 Franken seiner Erträge verwendet: (Kantonssteuern, Abgaben usw.)

Bildung	Fr. 31.30	Umwelt	Fr. 2.00
Gesundheit	Fr. 20.05	Asyl	Fr. 1.85
Soziales	Fr. 11.65	Gerichte	Fr. 1.60
Verkehr	Fr. 11.55	Sport/Kultur	Fr. 1.20
Sicherheit	Fr. 5.15	Zentrale Dienstleistungen / Projekte	Fr. 0.85
Landwirtschaft	Fr. 2.95	Informatik	Fr. 0.75
Immobilien	Fr. 2.15	Weitere	Fr. 6.95

(Gesamtaufwand Jahresrechnung 2016, www.ag.ch/ausgabenfuraufgaben)

Weiteres Vorgehen

In den nächsten Wochen werden vor allem die Module mit den Reformvorhaben weiterentwickelt. Der Regierungsrat wird an der AFP-Medienkonferenz vom 25. August 2017 mit einem aktualisierten Bericht zur Gesamtsicht Haushaltsanierung über die weitere Konkretisierung der Module und über den Stand der Haushaltsanierung informieren.